

KONVENT DER 33

SYNOPSIS: ELFTE SITZUNG vom 04.11.2016

Grundsatzdiskussion

DIE ORGANE UND INSTITUTIONELLEN BEZIEHUNGEN INNERHALB DER AUTONOMEN PROVINZ BOZEN

Beginn Sitzung: 18.12 Uhr

Ende Sitzung: 20.30 Uhr

Anzahl der abwesenden Mitglieder: 11

Amhof Magdalena, Andreis Janah Maria, Bizzo Roberto, Corrarati Caudio, Haberer Katharina, Lun Margareth, Polonioli Laura, Senesi Laura, von Ach Florian, Vezzali Maurizio, Widmann Andreas

Wortprotokoll: abrufbar auf www.konvent.bz.it

(Anzahl der Wörter: 14.266; Seiten: 52)

Schlagwörter: Demokratie, Statut, Gemeinden, Landtag, Zuständigkeiten, Region, Autonomie, Konvent, Südtirol, Bozen.

Wortmeldungen: 96

Personen, die sich zu Wort gemeldet haben: 19

Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche als auch männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf www.konvent.bz.it unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

1. Kernaussagen der verschiedenen Diskussionsbeiträge

a) Rolle der Gemeinden

Es wird vorgeschlagen, die Gemeinden im neuen Statut als die maßgebenden territorialen Verwaltungseinheiten festzuschreiben und dementsprechend die Verwaltungskompetenzen auf die Gemeinden zu übertragen. Auch sei die Finanzierung zu klären. Bei Projekten, die im Zuständigkeitsbereich der autonomen Provinz liegen, aber von großem Interesse für die Gemeinden sind, sollen die Gemeinden konsultiert werden und die autonome Provinz Bozen im Einvernehmen mit ihnen agieren; so könnten z.B. Gemeindevetreter zu Sitzungen der Landesregierung eingeladen werden („principio dell'intesa tra provincia e comuni“).

Diese beratende Funktion könnte auch durch den Rat der Gemeinden ausgeübt werden, der in die Überarbeitung des Statut eingefügt und dadurch aufgewertet werden sollte. Man könne im Autonomiestatut festschreiben, dass dieser einerseits die Möglichkeit habe Gesetzesvorschläge einzubringen, andererseits eine Kontrollfunktion erhalte, durch die Staatsgesetze, die die Selbstverwaltung der Gemeinden beschneiden, angefochten werden können.

b) Sonderstatus Bozen/Landeshauptstadt

Es sei aus dem Statut zu entfernen, dass Trient die Hauptstadt der Region ist. Die Region bestehe aus beiden autonomen Provinzen mit den jeweiligen Landeshauptstädten Trient und Bozen. Betont wird auch, dass es gar nicht nötig sei, den Verweis auf Trient als Hauptstadt aus dem Statut zu löschen, denn in der vorhergehenden Diskussion zur Region habe man auch die Abschaffung derselben ins Auge gefasst. Infolgedessen würden zwei autonome Regionen entstehen mit den jeweiligen Hauptstädten Trient und Bozen.

Ein weiterer Vorschlag war, der Landeshauptstadt Bozen einen Sonderstatus zuzusprechen. Dies sei vor allem aufgrund der besonderen Bevölkerungsstruktur Bozens sinnvoll (größte italienischsprachige und deutschsprachige Bevölkerungsanteile Südtirols, sowie der größte Anteil an Migrantinnen und Migranten). Deshalb sei auch wünschenswert, dass Bozen stärker im Rat der Gemeinden vertreten wäre (mit mehr als einem Vertreter). Gegenteilig argumentiert wird, dass ein Sonderstatus für Bozen als Landeshauptstadt nicht erstrebenswert sei und dass es nicht Aufgabe des Konvents der 33 sei, darüber zu entscheiden. Eine Zentralisierung und Bevorteilung Bozens sei für Südtirol nicht zielführend, mache jedoch möglicherweise aus finanziellen Aspekten Sinn. Man müsse verhindern, dass Bozen zu einem „Wasserkopf“ werde. Der Sonderstatus Bozens würde Südtirols Realität nicht widerspiegeln, weil es dazu führe, dass für die anderen Gemeinden „weniger übrig“ bliebe. Eine Dezentralisierung könne Vorteile bringen, so sei es z.B. notwendig auch in anderen Ortschaften Stellen für Akademikerinnen und Akademiker zu schaffen (das ASTAT Büro könne z.B. auch in Schlanders statt in Bozen angesiedelt sein). Allgemein sei Südtirol mit dem bisherigen System sehr gut gefahren (siehe Gewerbe- und Wohnbauzonen, Infrastrukturen, Ausbau des Glasfasernetzes).

c) Instrumente direkter und partizipativer Demokratie

In Anlehnung an Verfassungen und grundlegende Rechtstexte anderer Länder solle im neuen Statut festgeschrieben werden, dass die oberste Staatsgewalt vom Volk ausgehe, folglich die „Autonomie dem Volk gehöre“.

Des Weiteren sollen die verschiedenen Formen der Demokratie (repräsentative, partizipative und direkte) im Statut zumindest als Prinzip verankert werden, eventuell auch mit Hinweisen auf konkrete

Instrumente. In diesem Zusammenhang werden folgende Beispiele genannt: der Bürgerrat und der Bürgerhaushalt für die partizipative/deliberative Demokratie, und eine Reihe neu einzuführender Rechtsinstrumente sowie die Regelung vom Gültigkeitsquorum und der Unterschriftensammlungen für die direkte Demokratie (Gesetzesinitiative, aufhebende, bestätigende, einführende, konsultative Volksinitiative). Inwiefern konkrete Bestimmungen im Statut Eingang finden sollen, wird kontrovers diskutiert.

d) Organe des Landes

Vorgeschlagen wird eine Aufwertung des Südtiroler Landtages zu einem „Zentrum der Autonomie“ und Ausdruck des Wählerwillens. Als Vorschlag sei zum Beispiel ein zwingendes Gutachten für den Erlass der Durchführungsbestimmungen einzuführen. Gegenteilig wird argumentiert, dass man mittels einer Zwischenschaltung durch den Südtiroler Landtag den Verhandlungscharakter auf Augenhöhe zu verlieren riskiere. Man solle nicht die Aufgabe der Exekutive (Landesregierung) und der Legislative (Südtiroler Landtages) vermischen; diese Aufgabenbereiche seien klar zu trennen.

Andiskutiert wird auch die Überarbeitung des Wahlrechts und inwiefern ein Listenwahlssystem unter Beachtung der Minderheitenproblematik eingeführt werden könne.

Im Statut sei auch auf die Sonderregelungen im Bereich der Gerichtsbarkeit einzugehen, wodurch diese verfassungsrechtlich verankert werden könne. Auch die Zusammensetzung der Organe der Gerichtsbarkeit sei im Statut zu regeln, was besonders im Minderheitenkontext äußerst relevant sei. Die Minderheitenvertretung müsse bei der Zusammensetzung der Organe garantiert werden. So solle auch eine ladinische Vertretung garantiert sein. Des Weiteren solle auch in diesem Bereich die Unabhängigkeit von Trient (Oberlandesgericht Trient, Generalstaatsanwalt Trient) angestrebt werden; Südtirol solle nicht „Außenstelle“ sein. In Bezug auf eine ladinische Vertretung, wird konkret die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichts Bozen und des Staatsrates angesprochen. Ebenso seien im Südtiroler Landtag zwei Mandate für die ladinische Minderheit zu garantieren.

e) Kompetenzen

Da Südtirol nur eine „eingeschränkte Teilautonomie“ habe, sei es notwendig, die Autonomie weiterhin auszubauen. Hierbei sei der Begriff Vollautonomie zu klären, da es auch im Konvent der 33 dazu verschiedene Auffassungen gäbe. Wichtig sei, so viele Kompetenzen wie möglich nach Südtirol zu holen. Es sei problematisch, dass Rom über den wesentlichen Teil der Kompetenzen verfüge. Zudem sei auch die Schranke des nationalen Interesses abzuschaffen. Sobald Südtirol weitere Zuständigkeiten habe, werde ein demokratisch-legitimiertes Gremium die Umsetzung der Kompetenzen vornehmen.

Grundsätzlich sei zu diskutieren, welche Kompetenzen vom Staat auf das Land übergehen sollen. Im Bereich der Kompetenzen sei es wichtig, dass ein Konsens im Konvent der 33 Konsens gefunden werde; noch wichtiger sei es bei diesen Forderungen auch eine Einigung mit der Consulta in Trient zu erreichen. Hiergegen wird argumentiert, dass die Absprache mit Trient zwar gut sei, aber auf jeden Fall solle man das „Maximum des Wünschenswerten“ für Südtirol formulieren.

Konkret wurden Zuständigkeiten im Bereich der Rentenfürsorge, der öffentlichen Sicherheit, des Arbeitsrechts, der Post, der Raumordnung und der Hygiene genannt. Auch im Umweltschutz habe Südtirol bislang nur eine Teilzuständigkeit. Ebenso sei die Schulautonomie anzustreben. Auch genannt werden die Landespolizei und die Abschaffung des Regierungskommissariats. Auch bei dieser Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es Aufgabe des Konvents der 33 sei ein Grundgesetz zu überarbeiten und

Grundprinzipien festzulegen. Die Ausarbeitung und Umsetzung der Details sei Aufgabe des Südtiroler Landtages als Landesgesetzgebers.

2. Diskussion über die Arbeitsweise

Ab der Sitzung vom 18. November werden, die Makrothemen in jeweils drei Arbeitsgruppen vertieft. Begonnen wird mit dem Thema Ausbau der Autonomie. Das Präsidium des Konvents der 33 macht einen Vorschlag zur Gruppeneinteilung, wobei die Vertretung der Sprachgruppen und die politische Mehrheit und Minderheit bestmöglich berücksichtigt werden sollen.

Die Rechtsexperten erklären sich bereit, für die zu behandelnden Makrothemen eine Dokumentation als Arbeitsgrundlage vorzubereiten.

Zudem wird der Vorschlag gemacht, dass der Südtirol Ausschuss zu einer Sitzung des Konvents der 33 eingeladen werden solle.

Da der Konvent der 33 ein Dokument mit Vorschlägen und nicht ein in Artikel gegliedertes Dokument erarbeiten wird, klärt das Präsidium des Konvents der 33, ob eine Abänderung des Gesetzes notwendig ist. Das Präsidium des Konvents der 33 weist jedoch darauf hin, dass schon geklärt wurde, dass es sich um ein gegliedertes Dokument handeln muss.

3. Anlagen

/

CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: UNDICESIMA RIUNIONE DEL 4.11.2016

Discussione di principio sugli

ORGANI E RAPPORTI ISTITUZIONALI ALL'INTERNO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

Inizio riunione: ore 18.12

Termine riunione: ore 20.30

Numero dei membri assenti: 11

Amhof Magdalena, Andreis Janah Maria, Bizzo Roberto, Corrarati Caudio, Haberer Katharina, Lun Margareth, Polonioli Laura, Senesi Laura, von Ach Florian, Vezzali Maurizio, Widmann Andreas

Resoconto integrale scaricabile dal sito www.convenzione.bz.it

(numero delle parole: 14.266; pagine: 52)

Parole chiave: democrazia, statuto, comuni, Consiglio provinciale, competenze, regione, autonomia, Convenzione, Alto Adige, Bolzano

Interventi: 96

Persone che hanno chiesto la parola: 19

Osservazioni preliminari di carattere generale

Si fa presente che la sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non rappresenta un verbale redatto in forma riassuntiva circa i risultati ma una sinossi circa il mero contenuto. Vengono registrate le diverse posizioni e proposte che emergono dalle riunioni, senza valutare le affermazioni espresse e senza cercare una totalità rappresentativa. Allo stesso modo si prescinde da qualsiasi valutazione politica, da un'analisi scientifica e dalla citazione dei nominativi dei componenti la Convenzione; un'eccezione viene fatta per i promotori oppure per gli esperti che tengono delle relazioni durante le riunioni. La sinossi viene redatta in lingua tedesca dall'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo la registrazione di aspetti sostanziali e di affermazioni centrali si fa riferimento a documenti – purché presenti - che sono stati discussi durante le riunioni o che sono stati trasmessi alla Convenzione dei 33 e che sono importanti per il suo lavoro (allegati in lingua originale). Le elencazioni di norma avvengono in ordine alfabetico. Nella redazione delle sinossi ci si adopera affinché vengano utilizzati concetti neutri rispetto al genere, tuttavia si fa presente che tutti i concetti utilizzati non sono neutri rispetto al genere ma che comunque sono da intendersi come concetti che valgono sia per la forma maschile sia per quella femminile. I verbali integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito www.convenzione.bz.it sotto documenti o video.

1. Affermazioni sostanziali dei diversi interventi

a) Ruolo dei comuni

Viene proposto che nel nuovo Statuto i comuni vengano indicati come determinanti enti amministrativi di carattere territoriale e che pertanto le competenze amministrative vengano trasferite ai comuni. Anche il tema del finanziamento va chiarito. Nel caso di progetti che ricadono nel settore di competenza della provincia autonoma di Bolzano/Südtirol, ma che sono di grande importanza per i comuni, i comuni devono essere consultati e la provincia autonoma di Bolzano deve agire d'intesa con loro, così ad esempio il rappresentante comunale potrebbe venir invitato alle sedute della Giunta provinciale (secondo "il principio dell'intesa tra provincia e comuni"). Questa funzione consultiva potrebbe essere assunta anche dal Consiglio dei comuni che dovrebbe venire coinvolto nella rielaborazione dello Statuto e quindi deve venire rivalutato. Nello Statuto di autonomia si potrebbe stabilire che da un lato questo organo possa presentare le proposte legislative, d'altro canto ottenga una funzione di controllo sulle leggi statali che possono essere lesive dell'autonomia dei comuni con la potestà di impugnarle.

b) Status particolare di Bolzano/capoluogo di provincia

Dallo Statuto bisognerebbe cancellare la previsione che Trento è il capoluogo della regione. La regione è composta dalle due province autonome con i relativi capoluoghi provinciali di Trento e Bolzano. Viene inoltre sottolineato che non sarebbe necessario cancellare il riferimento statutario di Trento città capoluogo, poiché nella discussione precedente sulla regione è stata considerata anche la sua abolizione; pertanto sorgerebbero due regioni autonome con i relativi capoluoghi di Trento e Bolzano.

Un'ulteriore proposta avanzata concerneva l'attribuzione di uno status particolare alla città capoluogo di Bolzano, soprattutto tenendo presente la struttura della popolazione a Bolzano (la maggiore concentrazione di popolazione di lingua italiana e di lingua tedesca nonché la maggiore percentuale di migranti). Pertanto sarebbe auspicabile che Bolzano fosse maggiormente rappresentata nel Consiglio dei comuni. Di contro viene argomentato che uno status particolare per Bolzano come città capoluogo non è auspicabile e che non è compito della Convenzione dei 33 decidere in merito. Centralizzare e privilegiare Bolzano non sarebbe pertinente per l'Alto Adige, ma probabilmente avrebbe un senso dal punto di vista finanziario. Bisogna evitare che Bolzano diventi una struttura amministrativa sproporzionata. Lo status particolare di Bolzano non rispecchierebbe la realtà dell'Alto Adige/Südtirol, poiché per altri comuni "rimarrebbe poco". Una decentralizzazione potrebbe produrre dei vantaggi, sarebbe necessario creare dei posti per universitari anche in altre località (ad esempio l'ufficio dell'ASTAT potrebbe essere insediato a Silandro invece di Bolzano). In generale, sino ad ora l'Alto Adige ha raccolto esperienze oltremodo positive basandosi sul sistema attuale (vedi zone produttive e residenziali, infrastrutture, potenziamento della rete di fibra ottica).

c) Strumenti di democrazia diretta e partecipativa

Conformemente alle Costituzioni ed ai testi giuridici fondamentali di altri Stati, nel nuovo Statuto bisognerebbe ancorare il principio che la sovranità proviene dal popolo, pertanto anche „l'autonomia appartiene al popolo“.

Inoltre nello Statuto dovrebbero essere ancorate le diverse forme della democrazia (rappresentativa, partecipativa e diretta), almeno a livello di principio, eventualmente anche con indicazione di strumenti concreti. In questo contesto vengono citati i seguenti esempi: il „Wisdom Council“ (Bürgerrat), il bilancio partecipativo ed una serie di nuovi strumenti giuridici da introdurre nonché la regolamentazione del quorum concernente la validità e la raccolta di firme per la democrazia diretta (leggi di iniziativa popolare, referendum abrogativo, confermativo, propositivo e consultivo). Viene discusso in modo controverso circa l'introduzione nello Statuto di norme concrete.

d) Organi della provincia

Viene proposta una rivalutazione del Consiglio della provincia autonoma di Bolzano che deve diventare "centro dell'autonomia" ed espressione della volontà degli elettori. Viene proposto ad esempio di introdurre un parere vincolante per l'emanazione di norme di attuazione; di contro viene argomentato che attraverso un'intermediazione del Consiglio provinciale di Bolzano si rischia di perdere il carattere di trattativa paritaria di quest'organo. Non bisognerebbe confondere i compiti dell'Esecutivo (Giunta provinciale) con quelli del Legislativo (Consiglio della provincia autonoma di Bolzano); queste sfere di competenza devono essere distinte nettamente. Viene discussa anche la rielaborazione del diritto elettorale e fino a che punto possa essere introdotto un sistema che si basa sul voto di lista, tenendo presente la problematica delle minoranze.

Nello Statuto bisogna entrare nel merito anche delle discipline particolari relative al settore giurisdizionale con il relativo ancoraggio costituzionale. Anche la composizione degli organi giurisdizionali deve essere regolamentata nello Statuto, fattispecie particolarmente importante nel contesto delle minoranze. Una rappresentanza ladina deve essere garantita nella composizione degli organi; anche in questo settore bisognerebbe aspirare all'indipendenza da Trento (Corte d'Appello di Trento, Procuratore generale di Trento). L'Alto Adige non deve essere una "sede distaccata". In merito ad una rappresentanza ladina viene trattato concretamente il tema della composizione del Tribunale regionale di giustizia amministrativa, sezione autonoma di Bolzano, e del Consiglio di Stato. Nel Consiglio della provincia autonoma di Bolzano due seggi devono essere garantiti alle minoranze ladine.

e) Competenze

Poiché l'Alto Adige possiede solamente "un'autonomia parziale e limitata" è necessario potenziarla ulteriormente. In questo contesto deve essere chiarito il concetto di autonomia integrale poiché anche nella Convenzione dei 33 vi sono varie opinioni in merito. È importante attribuire quante più competenze possibili all'Alto Adige. È problematico il fatto che a Roma sia attribuita la parte sostanziale delle competenze, inoltre il limite dell'interesse nazionale deve essere abolito; non appena l'Alto Adige avrà ulteriori competenze, un organo legittimato democraticamente procederà alla loro attuazione. In linea di massima bisogna discutere quali competenze dovranno essere trasferite dallo Stato alla provincia. Nel settore delle competenze è importante che venga trovato un consenso all'interno della Convenzione dei 33; ancora più importante sarebbe raggiungere un'intesa con la Consulta trentina. Per quanto concerne queste richieste, viene argomentato che l'intesa con la Consulta trentina è qualcosa di positivo, ma comunque bisognerebbe "formulare il massimo auspicabile" per l'Alto Adige. Concretamente sono state citate le competenze nel settore pensionistico, della sicurezza pubblica, del giuslavorismo, postale, urbanistico e dell'igiene. Anche nel settore ambientale l'Alto Adige fino ad ora ha avuto solamente delle competenze parziali; deve essere perseguita anche l'autonomia scolastica. Sono state citate, inoltre, la polizia provinciale e l'abolizione del Commissariato del Governo. Anche per quanto concerne questa discussione viene fatto presente che il compito della Convenzione dei 33 consiste nella riforma della legge fondamentale e nello stabilire dei principi sostanziali. L'elaborazione e l'attuazione dei dettagli è un compito del Consiglio della provincia autonoma di Bolzano quale legislatore provinciale.

2. Discussione sul procedere

Dalla riunione del 18 novembre 2016 verranno approfonditi i macrotemi in tre gruppi di lavoro. Si inizierà con il tema del potenziamento dell'autonomia. L'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33 avanza una proposta di suddivisione dei gruppi, considerando nel migliore dei modi la rappresentanza dei gruppi linguistici nonché la minoranza e maggioranza politica.

Gli esperti e le esperte di diritto si dichiarano disponibili ad elaborare la documentazione per i macrotemi da trattare.

Inoltre viene avanzata la proposta che la Giunta provinciale venga invitata ad una riunione della Convenzione dei 33.

Poiché la Convenzione dei 33 deve elaborare un documento contenente delle proposte e non un articolato, l'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33 chiarisce se è necessaria una modifica della legge. L'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33 fa tuttavia presente che è già stato chiarito che si debba trattare di un documento organico.

3. Allegati

/